

Landesverband Baden-Württemberg
Pressemitteilung

Die Zukunft der Kinderbetreuung in Karlsruhe

Kommunalwahl in Karlsruhe: Der Deutsche Kitaverband in Karlsruhe schrieb die Parteien an, die sich 2024 zur Wahl stellen, und wollte wissen, was sie dem Fachkräftemangel in der Frühpädagogik entgegensetzen. Außerdem fragte er nach den Elternbeiträgen, den fehlenden rund 1.200 Kita-Plätzen und der Inklusion von Kindern mit besonderem Förderbedarf. Die Grünen, CDU, SPD, FDP, die Karlsruher Liste, Die Linke, die Freien Wähler und FÜR Karlsruhe schickten Antworten, die wir hier zusammenfassen.

Karlsruhe, 16.05.2024. Wer Kinder im Kita-Alter hat weiß, dass Kindertagesstätten in Karlsruhe, wie in anderen Städten auch, mit einem massiven Fachkräftemangel konfrontiert sind. Um den dramatischen Personalengpass abzumildern, schlagen die Parteien unterschiedliche Maßnahmen vor. Die Entlastung des pädagogischen Personals von Hauswirtschafts-, Sekretariats- und Verwaltungsaufgaben hat dabei für viele Priorität. Lediglich die Karlsruher Liste erwähnt diesen Punkt nicht. Die Parteien sprechen sich dafür aus, die eingesetzten Entlastungskräfte – anders als bislang – finanziell zu fördern. Die FDP möchte eine Förderfähigkeit zumindest prüfen.

„Wir freuen uns, dass die Gemeinderatsfraktionen dringend benötigte zusätzliche Unterstützung für die Karlsruher Kitas in Aussicht stellen. Sehr hilfreich wäre eine finanzielle Unterstützung der Träger in ihrem Bemühen Fachkräfte aus dem Ausland zu akquirieren und zu qualifizieren. Das pädagogische Personal braucht in Zeiten des Fachkräftemangels dringend Entlastung durch die Unterstützung von Quereinsteiger:innen sowie durch Hauswirtschafts- und Verwaltungskräfte. Wir fordern die Stadt dazu auf, endlich auch Nicht-Fachkräfte, Hauswirtschafts- und Verwaltungskräfte zu bezuschussen“, sagt DKV-Landesvorsitzender Clemens M. Weegmann.

Mehr Fachkräfte für Karlsruher Kitas?!

Die Idee, vermehrt Quereinsteiger:innen sowie Fachkräfte aus dem Ausland zu gewinnen und zu qualifizieren, findet breite Zustimmung. Die Freien Wähler betonen, dass geeigneter Wohnraum und eine Ankommenskultur nötig seien, damit ausländische Kräfte zuziehen und bleiben möchten. Die Grünen weisen auch auf die Potentiale geflüchteter Menschen hin und schlagen vor, sie schneller und zielgerichteter in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Mehrheitsfähig ist eine schnellere und unbürokratischere Anerkennung ausländischer Studien- und Ausbildungsabschlüsse.

Die Linken und die Grünen bezeichnen eine berufsbegleitende Ausbildung als wichtigen Faktor, um Interessierte aus anderen Berufsfeldern für einen Wechsel in den Erzieher:innen-Beruf zu gewinnen. Die Grünen halten auch eine qualitativ hochwertige Ausstattung der Kitas für relevant, um das Arbeitsfeld attraktiv zu machen.

Die meisten Parteien sprechen sich dafür aus, die Ausbildungsbemühungen auszuweiten. Die Grünen, die Linken und FÜR Karlsruhe nennen dabei die Praxisintegrierte Ausbildung (PiA), die anders als andere Ausbildungswege von Beginn an entlohnt ist, als Erfolgsmodell.

Die FDP setzt andere Schwerpunkte bei der Bekämpfung des Fachkräftemangels. Sie listet zuerst moderne Arbeitszeitmodelle, Vergünstigungen zum Beispiel bei Versicherungen, sowie Gratifikationen wie Jobticket, Parkkosten- oder Mietzuschuss auf.

Wie werden sich die Elternbeiträge entwickeln?

Derzeit sind die Elternbeiträge für Kita-Plätze in Karlsruhe nach Einkommen gestaffelt. Für Familien mit geringem Budget übernimmt die Stadt die kompletten Kosten. Die meisten Parteien möchten an diesem Modell festhalten. Die Grünen wollen es weiter ausdifferenzieren und gerechter gestalten. Der CDU ist es wichtig, dass die Elternbeiträge in allen Karlsruher Kitas identisch sind. Das Ziel der Beitragsgleichheit soll bis Ende 2025 erreicht sein. Dafür sei es nötig, heißt es, das gesamtstädtische Beitragsniveau stufenweise anzuheben. Städtische Erstkinderzuschüsse sollen jedoch 40 Prozent der Steigerungen ausgleichen.

Das Ideal der SPD und der Linken sieht anders aus. Sie möchten Kitas als Bildungseinrichtungen gerne generell beitragsfrei stellen. Allerdings läge hierfür die Hoheit beim Land, das den Kommunen dann auch bei der Finanzierung helfen müsse, schreiben sie.

1.200 Plätze fehlen: Was nun?

Rund 1.200 Kita-Plätze in Karlsruhe fehlen. Dadurch können viele Elternteile nicht oder kaum erwerbstätig sein. Das verschärft den Fachkräftemangel in anderen Wirtschaftsbereichen. Die Parteien möchten dies durch einen Platzausbau ändern. Die CDU verweist auf ihre Anstrengungen, die Zuschüsse beim Kita-Neubau zu erhöhen und Flächen für soziale Einrichtungen im Bebauungsplan zu priorisieren. Sie sagt aber auch, dass es nur mit ausreichendem Fachpersonal gelingt, neue Einrichtungen tatsächlich in Betrieb zu nehmen. Die SPD spricht sich für eine Anhebung der Zuschüsse bei Mietkosten und Investitionen aus. Die FDP verspricht unbürokratische finanzielle Förderung und sieht freie Träger als Motor des Platzausbaus. Die Grünen möchten auch als städtischer Bauträger beim Kita-Neubau aktiv werden. Die Linke regt an, vorhandene Bausubstanz bei der Stadt und bei Trägern auf geeignete Räume hin zu überprüfen.

Gleiche Bildungschancen für alle?

Familien mit Kindern, die einen besonderen Förderbedarf haben, stellt das Bildungssystem bislang vor deutliche Herausforderungen. Das soll sich ändern. CDU und Freie Wähler verweisen auf das städtische Projekt „Vielfalt nutzen, Bildung stärken – Qualität in der Kindertagesbetreuung der Stadt Karlsruhe (ViBi-Q)“, das sie weiterführen möchten. Bis 2026 erarbeiten die beteiligten Fachleute Strategien, um die Situation für Kinder mit besonderem Förderbedarf zu verbessern. Unter andere soll eine Poollösung für Inklusionsfachkräfte erprobt werden. Die Karlsruher Liste möchte Karlsruhe zur Modellstadt Inklusion machen, fallorientierte Hilfe implementieren und dafür angesichts des Fachkräftemangels auch unkonventionelle Wege beschreiten. Die FPD fordert eigene Inklusions-Budgets für die Einrichtungen, die sie nach aktuellem Bedarf einsetzen können.

Eine Übersicht mit allen Fragen und den Antworten der Parteien gibt es [hier zum Download](#).

Pressekontakt:

Romano Sposito

Büro Stuttgart

Deutscher Kitaverband. Bundesverband freier unabhängiger Träger von Kindertagesstätten e.V.

+49 (0) 711 656960 6990

romano.sposito@deutscher-kitaverband.de; www.deutscher-kitaverband.de